

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
und Umwelt  
- VII C 21 -

Berlin, den 7. Oktober 2013  
Telefon: 9025-1006  
Fax: 9025-1161

An den  
Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über Senatskanzlei - G Sen -

## **Verhandlungsstand zur „Trilateralen Einnahmenaufteilung- Gemeinschaftstarif für den öffentlichen Nahverkehr“**

30. Sitzung des Hauptausschusses am 20. Februar 2013  
Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs. „Trilaterale Einnahmenaufteilung - Gemeinschaftstarif für den öffentlichen Nahverkehr“, rote Nr. 0637

31. Sitzung des Hauptausschusses am 6. März 2013  
Bericht SenStadtUm – VII C 2 – vom 5. Februar 2013, rote Nr. 0637 C

37. Sitzung des Hauptausschusses am 28. August 2013  
Bericht SenStadtUm – VII C 21 – vom 21. August 2013, rote Nr. 0637 F

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2013 Folgendes beschlossen:

„SenStadtUm wird gebeten, dem Hauptausschuss zur 1. Lesung des Einzelplans 12 am 16. Oktober 2013 zu berichten, wie sich die aktuelle Einnahmenaufteilung darstellt.“

Hierzu wird berichtet:

### Beschlussempfehlung:

Es wird gebeten, von nachstehendem Zwischenbericht Kenntnis zu nehmen.

Der Senat hatte in der o.g. Sitzung mündlich erläutert, dass die Verkehrsunternehmen BVG, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio AG über die Umsetzung der zwischen den Verkehrsunternehmen und den Ländern im März vereinbarten Eckpunkte durch einen neuen, trilateralen Vertrag zur Aufteilung der Einnahmen verhandeln. Die BVG hat dem VBB in der 37. KW mitgeteilt, dass diese Verhandlungen unter den Unternehmen abgeschlossen seien. Dieses Ergebnis bedarf jedoch, da sich die DB Regio als Bruttovertragsunternehmen daran beteiligt, der Zustimmung durch die Länder Berlin und Brandenburg.

Die DB Regio AG wurde daher aufgefordert, dem VBB und den Ländern das Verhandlungsergebnis kurzfristig zur Abstimmung vorzulegen. Zudem müssen auch die Gremien des DB Konzerns sowie der BVG dem neuen Vertragsschluss zustimmen. Vor diesem Hintergrund kann derzeit noch nicht abschließend berichtet werden. Es wird um Terminverlängerung bis Dezember 2013 gebeten.

In Vertretung

Christian Gaebler  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt